

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version

Lohnpolitik in Perspektive

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bruno (1975) : Lohnpolitik in Perspektive, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 3, pp. 112-113

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134787>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Lohnpolitik in Perspektive

Der Konsolidierungsprozeß, den unsere Wirtschaft durchmacht, fällt härter aus, als man offenbar auf manchen Seiten erwartet hat. Sachlich gesehen besteht allerdings wenig Anlaß zu kritischem Erstaunen. Denn: je höher die Rate der voraufgegangenen Inflation, desto länger und verlustreicher der Bremsweg zurück zum Gleichgewicht. Das war vorauszusehen und ist vorausgesagt worden. Aber leider haben in den Zeiten der überschäumenden Konjunktur die Politiker, die Funktionäre und die Unternehmer nicht die entsprechenden Konsequenzen gezogen.

Das ist jedoch nicht alles. Für die nächsten Jahre gehören die hohen Raten des realen Wachstums der Vergangenheit an. Der Grund liegt nicht nur in der Ölkrise und der Verteuerung der produktionsnotwendigen Rohstoffe. Wir haben etwas lange auf den Vorteilen, die mit dem mehr oder minder totalen Wiederaufbau einhergingen, und auf den segensreichen Wirkungen früherer technisch-organisatorischer Errungenschaften ausgeruht; und die Wirtschaftspolitik war nicht sonderlich darauf bedacht, Initiativen für neue Schübe der Produktivitätssteigerung zu honorieren. Es ist an der Zeit, uns wieder grundlegende Neuerungen einfallen zu lassen und etwas für ihre Anwendung in der Produktion zu tun.

Das setzt freilich erhöhte Investitionen voraus, private und öffentliche: ohne Zusatzinvestitionen keine Produktivitätssteigerung und ohne Produktivitätssteigerung keine Chance für wachsende Reallöhne. Entsprechend müssen für die mittlere Frist die Prioritäten sowohl der Finanz- wie der Sozialpolitik gesetzt werden. Gefordert ist eine investitionsfreundliche Steuerpolitik und die Drosselung des Staatsverbrauchs; in der Sozialpolitik gilt es, der ständig zunehmenden Belastung der Arbeitseinkommen mit Pflichtbeiträgen ein Ende zu machen und statt dessen die Sozialausgaben zu rationalisieren, wobei berufs- und mobilitätsfördernde Maßnahmen in den Mittelpunkt zu rücken haben.

Betroffen ist aber auch die Lohnpolitik. Alles spricht dafür, daß die Gewerkschaften in ihrer allgemeinen Marschroute an einer Wegscheide stehen, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Einmal geht es um die Stabilitätspolitik. Selbst eingeschworene Keynesianer sind dabei, wieder die ausschlaggebende Bedeutung der Notenbank und ihrer Geldmengensteuerung zu realisieren. Die Notenbank ist die Instanz, der längerfristig die Verantwortung für die Stabilität des Preisniveaus und damit des Geldwertes obliegt. Es wäre mehr als töricht, gerade jetzt an ihrer autonomen Stellung rütteln zu wollen.

In Wahrnehmung ihrer gesamtwirtschaftlichen Verpflichtung hat die Bundesbank nunmehr ein Signal gesetzt, indem sie erklärte, die Geldmenge für 1975 um nicht mehr als 8% zu erhöhen. Und sicherlich werden die entsprechenden Raten in den kommenden Jahren, bis die Stabilität zurückerlangt ist, eher niedriger liegen. Damit ist der Lohnpolitik der Rahmen vorgegeben, innerhalb dessen sie über nicht mehr und nicht weniger entscheidet als über die Sicherheit der Arbeitsplätze und den mittelfristigen Beschäftigungsgrad. Diese Verantwortung kann den Tarifvertragspartnern niemand abnehmen, auch nicht der Staat. Denn wer mehr an Lohn verlangt, als der jeweilige Stand der Arbeitsproduktivität hergibt, drängt sich selbst und andere in die Beschäftigungslosigkeit. Der traditionelle Ausweg, ein steigendes Preisniveau zuzulassen und so die überhöhten Nominallohnabschlüsse

wieder auf jenes reale Maß zurückzuschrauben, das der Produktivitätsgrad erlaubt, bleibt durch das geldpolitische Datum der Notenbank verbaut. Und nicht zuletzt aus sozialen Gründen wollen wir endlich und nachhaltig der Inflation das Wasser abgraben.

Gewiß, das gelingt nicht mit einem Schlage und nicht von heute auf morgen. In der Zwischenzeit können die Arbeitnehmer mit Recht einen Kaufkraftausgleich für die jeweils noch verbleibende Rate der Preisniveausteigerung verlangen, soweit diese konjunkturell bedingt ist, was zum Beispiel für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht gelten würde. Nur sollte das in den Tarifverträgen tunlichst nicht vorweg, sondern erst im akuten Fall geschehen, damit die Inflation nicht ungewollt und von der Lohnseite her neue Nahrung erhält.

Die Arbeitsmarktparteien wären also gut beraten, ihre Abschlüsse auf die produktivitätsorientierte Lohnanhebung zu beschränken und im übrigen für die Reallohnsicherung eine Korrektur nach der jeweils noch vorhandenen Preissteigerungsrate vorzusehen, so wie die Arbeitnehmer ihrerseits vom Staat erwarten können, daß in ähnlicher Weise mit den steuerlichen Freibeträgen und den nominal fixierten Stufen der Lohnsteuer verfahren wird.

Überhaupt ist zu überlegen, die Tarifverträge nicht mehr schematisch am Kalender, sondern am Konjunkturverlauf zu orientieren – auch um die Gefahr von wilden Streiks hintanzuhalten, mit denen radikale Gruppen ihr Süppchen zu kochen suchen und die vernünftigen Gewerkschaftsführern das Leben schwer machen können. Die Zukunft gehört prinzipiell unbefristeten Tarifverträgen, die – sagen wir – über 9 Monate kündbar sind. Darüber hinaus wird eine reformbewußte Gewerkschaft je nach der konjunkturellen Lage einen mehr oder weniger großen Teil der Nominallohnerhöhung als vermögenswirksame Leistung fordern. Denn bei dem allgemein erreichten Wohlstandsniveau gehört die individuelle Vermögensbildung mit an die Front zur Verbesserung der Lebensqualität; jedenfalls wird sie vom Großteil der Masseneinkommensbezieher so bewertet. Hier auf den Staat zu warten, steht einer selbstbewußten Arbeitnehmervertretung schlecht an, ganz zu schweigen davon, daß dann schwerfällige gesetzliche Regelungen geboren zu werden pflegen, die niemanden befriedigen.

Die Gewerkschaften können dagegen dem Sozialminister nicht seine Arbeit abnehmen und für einen Ausgleich mangelhafter staatlicher Transferleistungen sorgen, die die Inflation ausgehöhlt hat: eine überproportionale Anhebung der unteren Lohnstufen, die nicht in den Angebots-Nachfrage-Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt begründet ist, gefährdet die Beschäftigungschancen just von jenen, denen man zu helfen vermeint. Auch können die Gewerkschaften nicht auf die Zustimmung der Bevölkerung rechnen, wenn sie ausgerechnet im öffentlichen Dienst für ein Streikrecht plädieren, der ohnehin seine Vorteile bietet: unverzichtbare öffentliche Leistungen müssen jederzeit angeboten werden.

Insgesamt behalten die Gewerkschaften auch mittelfristig eine verteilungspolitische Funktion: in der produktivitätsorientierten Lohnanhebung, für die Realeinkommenssicherung, bei Investivlohnregelungen. Gleichwohl verlagern sich, wenn es mit rechten Dingen zugeht, die Gewichte ihrer Tätigkeit. Vorrangig wird die Rücksicht auf den Beschäftigungsstand und die Gefahren, die ihm auf der vor uns liegenden wirtschaftspolitischen Gratwanderung drohen. Eine Probe aufs Exempel ergibt sich zum Beispiel, wenn die Produktion wieder in die heute noch freien Kapazitäten hineingewachsen ist und die Arbeitsproduktivität nur mehr langsam durch technische Fortschritte zunimmt: hier müssen die Raten der Lohnsteigerung, so schwierig das psychologisch auch sein mag, zurückgenommen werden; denn sonst wären bei weiterhin harter Geldmengensteuerung durch die Notenbank Arbeiterentlassungen unvermeidlich.

Aber man muß noch einen Schritt weitergehen. Ein Blick nach Schweden oder den USA zeigt, daß moderne Gewerkschaften auch einen direkten Beitrag zur Verbesserung der Produktivität und zur Förderung der Arbeitsmobilität leisten können, um die Reallohnchancen zu erhöhen. Die hier liegenden Möglichkeiten sollten gelegentlich studiert werden, zumal sich damit konkret auch eine „Humanisierung am Arbeitsplatz“ verbinden läßt – eine Forderung, die bei uns schon wieder in die Hände von Ideologen zu geraten droht, die die Dinge zum höheren Eigennutz zerreden.